

europ^aktuell



Unsere Region in Europa ★ Europa der Bürger

★★★★ Europaabgeordneter Hans-Peter Mayer informiert ★★★★★



Liebe Europäerinnen und Europäer,

auf diesem Wege möchte ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ein frohes und gutes neues EURO-Jahr wünschen. Inzwischen halten Sie die neue Gemeinschaftswährung in den Händen. Dies ist das bisher sichtbarste Zeichen des europäischen Einigungsprozesses. Es wird nicht der letzte Schritt sein. Die Staats- und Regierungschefs haben die Einsetzung eines Konvents beschlossen, der Vorschläge für eine grundlegende Reform der Europäischen Union erarbeiten wird. Dies ist angesichts der bevorstehenden Osterweiterung auch dringend notwendig. Das Europäische Parlament wird mit seinem neuen Präsidenten dafür Sorge tragen, daß die Belange seiner Wählerschaft ausreichend berücksichtigt werden. Anfang Oktober besuchte auf meine Einladung EU-Landwirtschaftskommissar Dr. Franz Fischler Vechta. Der Besuch und die Veranstaltung im Waldhof dürfte vielen von Ihnen noch in guter Erinnerung sein. Ich denke, er wird viele Fragen, die Ihnen unter den

Fingernägeln brennen, beantwortet und einige Befürchtungen genommen haben. Seit Beginn der neuen parlamentarischen Halbzeit bin ich Vollmitglied im Wirtschaftsausschuß und stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Recht und Binnenmarkt sowie für Landwirtschaft. Dies gibt mir die Möglichkeit, die Belange in unserer Region noch stärker zur Berücksichtigung zu bringen. In den vergangenen drei Monaten sind zwei meiner Berichte und eine Stellungnahme verabschiedet worden. Das Plenum in Strassburg stimmte meinen Berichten zum Statut der Europäischen Gesellschaft und zur Erschöpfung der Rechte an Marken zu. Auf meine Empfehlung hat der Rechtsausschuß beschlossen, eine vom Rat einseitig gestrichene Mitentscheidung des Parlaments vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anzufechten. Meine Stellungnahme zur Zukunft der Chemikalienpolitik der EU wurde im Rechtsausschuß angenommen. Nach diesen parlamentarischen Erfolgen wird mir wieder mehr Zeit für die Arbeit im Wahlkreis verbleiben.

Ihr
Hans-Peter Mayer



Europaparlament hat neuen Präsidenten

Als Nachfolger von Nicole Fontaine (EVP-ED, F) wurde im Januar mit der Mehrheit der Stimmen der EVP und der Liberalen der irische Europaabgeordnete Patrick Cox von den Liberalen zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Er wird dieses Amt bis zum Ende der Legislaturperiode im Juni 2004 innehaben. Turnusgemäß werden im Europäischen Parlament zur Halbzeit der Legislaturperiode alle Ämter neu besetzt. Der am 28. November 1952 in Dublin geborene Patrick Cox ist seit 1989 Mitglied des Europäischen Parlament, seit 1998 Vorsitzender der Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas. Er vertritt den irischen Wahlkreis



Munster im Europäischen Parlament. In seiner ersten Rede als Präsident sagte Cox, er wolle jetzt eine echte Präsidentschaft auf die Beine stellen, eine Präsidentschaft die für ein Europäisches Parlament, welches für die Zukunft Europas arbeite, sowie für die Europäische Union einstehe. Obwohl er akzeptiere, dass er nicht gewählt worden sei, weil er Ire sei, erklärte er, dass man diese Nationalität nun feiern könne. Die Tatsache, dass der Präsident des Europäischen Parlaments aus einer der kleinen Fraktionen und eines der kleinsten Länder der EU komme, bedeute, dass man nun auch diejenigen berücksichtige, die geographisch am Rande Europas lägen.

Aktuell aus Europa: Infos zum EU-Konvent

Der Europäische Rat hat auf seiner Sitzung im Dezember 2001 die Einberufung eines Konvents beschlossen. Dieser soll unter der Leitung des früheren französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing künftige Reformen der EU vorbereiten. Dieses bereits bei der Erarbeitung der EU-Grundrechte-Charta praktizierte Verfahren dient der inhaltlichen Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004. Dort sollen im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung wichtige Weichenstellungen im Hinblick auf die Europäischen Verträge vorgenommen werden. Ab dem 1. März wird der Konvent tagen und dabei Vorschläge für eine grundlegende Erneuerung der EU-Verträge erarbeiten. Bei den Tagungen soll ein Höchstmaß an Transparenz durch die Öffentlichkeit der

Sitzungen und die Zugänglichkeit der offiziellen Dokumente gewährleistet werden, welche im Internet abrufbar gemacht werden. Der Konvent wird darüber hinaus mit Vertretern der Zivilgesellschaft über ein sogenanntes Forum kommunizieren, um zu gewährleisten, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen bei diesem Prozess beteiligen können. Im Laufe der Beratungen wird eine Konsensbildung über ein einheitliches Abschlussdokument angestrebt, welches als Ausgangspunkt für die Arbeiten der Regierungskonferenz dienen soll. Dem Konvent werden 30 Vertreter der nationalen Parlamente, 16 Delegierte des Europäischen Parlaments, 15 Entsandte der Regierungen sowie zwei EU-Kommissare angehören.

Das Wissen rund um Europa ist nicht so einfach

Was ist ein Arbeitspapier? Arbeitspapiere sind interne Dokumente der Kommission, die in der Regel nur den für ein konkretes Projekt zuständigen Dienststellen zugänglich sind.

Sie dienen den Beamten der Kommission als Diskussionsgrundlage für behördeninterne Meinungsbildung in Bezug auf bestimmte Gesetzgebungsvorhaben. Nur manche dieser Arbeitspapiere werden veröffentlicht. Dies geschieht häufig dann, wenn die Kommission die Reaktion auf ein bestimmtes Thema abschätzen möchte, ohne gleich ein Grünbuch oder ein Weißbuch zu fertigen.

Was ist ein Grünbuch? Grünbücher sind von der Kommission veröffentlichte ausführliche Mitteilungen über einen bestimmten Politikbereich. Sie richten sich vor allem an interessierte Dritte, Organisationen und Einzelpersonen, die dadurch die Möglichkeit erhalten, an der Konsultation und Beratung teilzunehmen. In einigen Fäl-

len ergeben sich daraus Weißbücher und legislative Maßnahmen. Ein Beispiel für ein Grünbuch ist das gerade veröffentlichte „Grünbuch zum Verbraucherschutz in der Europäischen Union“, welches im Internet für die Öffentlichkeit zugänglich ist.

Was ist ein Weißbuch? Weißbücher enthalten Vorschläge für ein Tätigwerden der Gemeinschaft in einem bestimmten Bereich. Sie folgen oft auf Grünbücher, die veröffentlicht werden, um einen Konsultationsprozess auf europäischer Ebene einzuleiten.

Während in Grünbüchern eine breite Palette an Ideen präsentiert und zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, enthalten Weißbücher förmliche Vorschläge für bestimmte Politikbereiche sowie die dazu erforderlichen Gesetzesvorhaben. Sie dienen dazu, diese Bereiche zu entwickeln. Beispiel hier: das gerade veröffentlichte „Weißbuch Europäisches Regieren“.





Schüler besuchten Abgeordnete in Strassburg

Auf Einladung von Hans-Peter Mayer besuchten 44 Berufsschüler und Gymnasiasten aus dem Oldenburger Münsterland das Europäische Parlament in Strassburg.

Bereits während der Fahrt konnten sich die Schüler über das Thema Europa informieren, dabei standen ihnen Dagmar Scholz-Smit, Mitarbeiterin im Europa-Büro und Sven Strohmann für alle Fragen zur Verfügung.

Am Abend gab es dann im Hotel die erste Veranstaltung mit dem Europaabgeordneten. Er stellte mit Hilfe einer Präsentation bestimmte Aspekte der EU, wie beispielsweise den Aufbau der Institutionen, die Aufgaben und Rechte des Europäischen Parlaments und seine eigene Arbeit als Parlamentarier vor. Am nächsten Morgen begann das Programm mit einer Führung durch Strassburg, wobei der berühmte Strassburger Münster besichtigt wurde.

Daran schloss sich der Höhepunkt der Reise an, ein Besuch im Europäischen Parlament. Zunächst hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, in einer Diskussionsrunde mit den Abgeordneten Hans-Peter Mayer und Lutz Goeppel mehr über die konkrete Arbeit der Parlamentarier zu erfahren. Danach besuchten die Teilnehmer eine Plenarsitzung des EP und erlebten mit, wie über die Themen "Anti-Personenminen" und "Menschenrechtsverletzungen in afrikanischen Staaten" diskutiert wurde. Abends bestand dann erneut die Gelegenheit, mit Hans-Peter Mayer zu diskutieren, wobei besonders die Einführung des Euro im Vordergrund stand. Am nächsten Morgen machte sich die Gruppe wieder auf den Heimweg.

„OLAF“ ist Amt zur Bekämpfung des Betrugs

Wo viel Geld ist, da ist viel Begehr. Viele Milliarden Euro fließen von den Mitgliedstaaten nach Brüssel zur EU. Doch nur 5,5 Prozent werden für die Verwaltung ausgegeben, 80 Prozent der Mittel gehen zurück an die Staaten, die das Geld an Empfangsberechtigte auszahlen. Der Europäische Rechnungshof stellt dabei immer wieder Missbrauch fest. Mancher Fall lässt sich nur als Betrug bezeichnen. Da werden Subventionen für Olivenbäume gefordert, die nie gepflanzt wurden. Da werden Anträge gestellt auf Beihilfen der EU für Projekte, die nur auf dem Papier existieren. Da werden mehrmals Schlachtpremien für dieselben Kälber kassiert. Auf Äckern, die stillgelegt werden sollten, um die Ernten zu verringern, wachsen Mais oder Rüben - die Gelder für den vermeintlichen Verdienstaufschlag werden trotzdem beantragt. Exportfirmen kassieren Subventionen für die Ausfuhr von Agrargütern in andere Kontinente und schleusen die Waren wieder nach Europa zurück. Und auch bei den Einnahmen der EU geht nicht alles mit rechten Dingen zu. Der Schmuggel von Zigaretten blüht und schmälert die Zolleinnahmen, die der EU als Eigenmittel zustehen. Diese von Betrugern und sonstigen Gesetzesbrechern begangenen Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht schaden nicht nur den Finanzen, sondern auch der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Um Betrug zu Lasten der Gemeinschaft besser als bisher bekämpfen zu können, wurde am 1. Juni 1999 OLAF gegründet (abgekürzt aus Office de la Lutte Anti-Fraude, Amt für Betrugsbekämpfung), ein unabhängiges Europäisches Amt mit künftig 300 Mitarbeitern. Es kann auf eigene Initiative Untersuchungen einleiten, sowohl in den Institutionen der EU als auch in den Mit-

gliedstaaten. Weder ein EU-Organ noch eine Regierung hat gegenüber OLAF ein Weisungsrecht. Bei der Bekämpfung von Betrug, Korruption oder anderen illegalen Aktivitäten zum Schaden der finanziellen Interessen der Gemeinschaft kann sich OLAF auf alle Kompetenzen zur Durchführung von Ermittlungen stützen, die der Kommission durch das Gemeinschaftsrecht oder völkerrechtliche Abkommen mit Drittstaaten eingeräumt werden. Man hofft, Betrügereien dadurch nun rascher auf die Spur zu kommen. Damit ist OLAF weder ein Geheimdienst noch eine Polizeibehörde. Es ist vielmehr eine Verwaltungsbehörde mit Ermittlungsbefugnissen zum Schutz der Gemeinschaftsrechtsordnung und der Interessen der europäischen Bürger. Es arbeitet dazu eng mit allen zuständigen Stellen und den Bürgern zusammen. In seinem ersten Jahresbericht schätzt OLAF den finanziellen Schaden allein aus den von Juni 1999 bis Mai 2000 bearbeiteten Fällen auf 265 Millionen Euro. Betrügereien zu Lasten der EU finden aber überwiegend in den Mitgliedstaaten statt. OLAF bemängelt, dass nicht alle Mitgliedstaaten ausreichend an der Aufdeckung dieser Straftaten mitwirken. Um der Betrugsbekämpfung effizienter zu begegnen, fordert OLAF alle europäischen Bürger oder sonstigen Personen, die Kenntnis von betrügerischen Handlungen zu Lasten des Gemeinschaftshaushaltes haben, auf, ihm die entsprechenden Informationen zu liefern. Zu diesem Zweck hat OLAF eine „grüne Telefonnummer“ eingerichtet, die es ermöglicht, von jedem Mitgliedstaat aus relevante Informationen direkt an OLAF zu übermitteln. Für Deutschland gilt die gebührenfreie Rufnummer 0800 182 0595.



Kommissar Fischler besuchte Oldenburger Münsterland

Agrarkommissar Dr. Franz Fischler folgte einer Einladung des Europaabgeordneten Prof. Dr. Hans-Peter Mayer und besuchte das Oldenburger Münsterland. Nach der Begrüßung fand am Flugplatz in Diepholz eine Pressekonzferenz statt.

Anschließend folgte ein Besuch bei der Oldenburgischen Volkszeitung und eine Besichtigung der Firma Big Dutchman in Calveslage. In einer Gesprächsrunde mit Vertretern der Kreise und hiesiger landwirtschaftlicher Unternehmen, wurde in den Räumlichkeiten der Firma Big Dutchman über landwirtschaftliche Themen diskutiert.

Etwa 500 Besucher waren zur Abendveranstaltung in den Waldhof Vechta gekommen, um zu hören, was der EU-Kommissar in seinem Referat über die aktuelle Lage der europäischen Landwirtschaft zu sagen hatte. In der Begrüßungsrede stellte Hans-Peter Mayer die Podiumsteilnehmer vor und übergab dann das Wort an den Agrarkommissar. Dr. Fischler stellte in seinem Referat heraus, dass die Landwirtschaft keine Reformen benötige, es müsse nur die Agenda 2000 richtig weitergeführt werden. Bereits 1992 wurde die Agrarreform eingeleitet, wobei seitdem einige beachtliche Erfolge zu verzeichnen seien. Beispielsweise seien die früheren Getreide- und Butterberge verschwunden, die noch 1991 etwa 90 Prozent des Agrarbudgets in Form von Exportsubventionen und zur Finanzierung der Überschüsse verschlan-



gen. Heute würden 70 Prozent des Agrarbudgets als direkte Beihilfen an die Landwirte und für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung ausbezahlt. Es könne sich allerdings nicht auf diesen Erfolgen ausruhen werden, betonte Fischler. Die Halbbilanz der Agenda im Herbst dieses Jahres werde zeigen, ob und wann welche Anpassungen vorgenommen werden müssten, um die langfristigen Ziele der Agrarreform von 1992 zu erreichen. In dieser Halbbilanzbewertung solle das „Funktionieren der Agenda“ überprüft werden, d.h. also, dass beispielsweise die Entwicklungen des Getreidemarktes und des Rindermarktes näher betrachtet werden. Auch gab Fischler zu erkennen, dass das Leben der Landwirte künftig nicht einfacher, aber durchaus zu meistern

sei. In seinen abschließenden Worten sagte Fischler, dass die eigentliche Herausforderung die kontinuierliche Weiterentwicklung der Landwirtschaft sei. Der Landwirt habe durch die Agrarreform die unternehmerische Funktion wiedererlangt und müsse sich auf diese veränderten Bedingungen einstellen. In der sich anschließenden Podiumsdiskussion hatten die Podiumsmitglieder sowie das Publikum die Möglichkeit, ihre Anliegen zu präzisieren. Das Thema „Impfpolitik“ spielte dabei eine besondere Rolle, wobei Dr. Fischler eine große internationale Konferenz über die EU-Impfpolitik im Dezember in Brüssel ankündigte.

Oliver Linneborn neuer Mitarbeiter in Brüssel



Anfang September 2001 hat Oliver Linneborn seine Stelle als Assistent in meinem Büro in Brüssel angetreten. Ich möchte Ihnen meinen neuen Mitarbeiter vorstellen: Oliver Linneborn ist Rechtsassessor. Er studierte an den Universitäten Trier, Salamanca (Spanien) und Köln. Nach Abschluss seines ersten juristischen Staatsexamens arbeitete er in der

Sozietät Baker & McKenzie in Caracas, Venezuela. Während seines Rechtsreferendariats nahm er an dem Bielefelder Kompaktkurs für Anwalts- und Notartätigkeit teil und arbeitete während seiner Wahlstation in der Rechtsabteilung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London. Dort war er für die Marktbeobachtung des Telekommunikations-Sektors einschließlich Rechts- und Regulierungsfragen in den mittelosteuropäischen sowie zentralasiatischen Staaten zuständig. Nach Abschluss seines zweiten juristischen Staatsexamens im Januar 2001 nahm er an einer mehrmonatigen Fortbildung im Medienrecht in Köln teil. Als Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Recht und Informatik e.V. und der Deutschen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V. gilt sein besonde-

res Interesse dem Urheberrecht. In Brüssel ist Oliver Linneborn verantwortlich für die Organisation und Vorbereitung von Terminen, Ausschusssitzungen und Plenarsitzungen sowie Veranstaltungen in der Region. Ausserdem bearbeitet er Ihre Anfragen zu Europa und ist bemüht, diese zu Ihrer Zufriedenheit zu erstellen. Darüber hinaus ist Linneborn zuständig für die Kontakte mit Kommission, Rat und der Parlamentsverwaltung sowie für die wissenschaftliche Vorbereitung meiner parlamentarischen Aktivitäten.

Impressum:

Hans-Peter Mayer

Europabüro

Bahnhofstraße 1 Tel.: 0 44 41/92 29 29
49377 Vechta Fax: 0 44 41/92 29 30
E-mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament

Büro 15 E154
Rue Wiertz Tel.: 00 32-2-2 84 79 94
B- 1047 Bruxelles Fax: 00 32-2-2 84 99 94
E-mail: hmayer@europarl.eu.int

Mit freundlicher Unterstützung der
Vechtaer Druckerei und Verlag, Vechta

